

14. Februar: ONE BILLION RISING!



Aufstehen gegen Gewalt an Frauen und Mädchen – dazu ruft die One Billion Rising Kampagne jedes Jahr am 14. Februar auf. Trotz der Pandemie werden sich zahlreiche Frauen und Männer versammeln oder werden auf bundesweiter oder lokaler Ebene Online-Aktionen starten. Der diesjährige Aufruf der Aktionsgruppe ist unter dem Motto „Blühende Gärten“ kreativ und mit Lebenslust gestaltet. Der Ruf nach Gerechtigkeit kommt mit den Forderungen Wiederbelebung, Wiederherstellung und Transformation zur Geltung.

Wir rufen auf, denn...

Wir Frauen werden unterdrückt und erleben körperliche und psychische Gewalt. Jede dritte Frau war mindestens einmal in ihrem Leben häuslicher oder struktureller Gewalt ausgesetzt. Diese Tatsache darf nicht auf kulturelle, traditionelle, religiöse und familiäre Probleme reduziert werden. Jede Form von Gewalt an Frauen umfasst gesellschaftliche, wirtschaftliche oder kulturelle Strukturen und Bedingungen. Gewalt gegen Frauen ist immer in gesellschaftliche und strukturelle Machtverhältnisse eingebettet, die Frauen benachteiligen. Frauen in ökonomischer Abhängigkeit, mit geringeren Bildungschancen, von Armut betroffen, die eine Migrations- und Fluchtgeschichte haben, sind noch mehr von dieser strukturellen Gewalt betroffen. Sie werden auf verschiedenen Formen misshandelt, unterdrückt und missachtet, die durch patriarchalische Rollenbilder und rückschrittliches Gedankengut verstärkt werden.

Die Covid-19-Pandemie verschärft die Situation der Mädchen und Frauen.

Während des Lockdowns hat die häusliche Gewalt zugenommen. In Zeiten der strengen Kontaktbeschränkungen werden Frauen zu Hause noch häufiger Opfer von körperlicher und sexueller Gewalt. Die Gefahr nimmt zu, wenn Frauen in Quarantäne sind, keine Rückzugsmöglichkeiten haben und finanzielle Sorgen bestehen. Alleine in den ersten Wochen des Jahres sind in Deutschland schon 15 Frauen getötet und 29 Frauen lebensgefährlich verletzt worden.

Im vergangenen Jahr wurden in verschiedenen Ländern frauenfeindliche und frauenmissachtende politische Beschlüsse getroffen. Mit vielen Demonstrationen, Protesten und Aktionen haben Frauen auf die akute Lage aufmerksam gemacht und gegen die massiven Einschränkungen ihrer Rechte gekämpft. Aufgrund der Diskussion um die Istanbul-Konvention gab es in der Türkei und in Polen mehrere Proteste. Die Politiker in beiden Ländern haben eine Kündigung des Abkommens angestrebt. Tausende Frauen haben mehrere Wochen auf den Straßen für den Erhalt und die Umsetzung der Istanbul-Konvention protestiert. Trotz aller Repressionen stellten sich verschiedene Frauenprojekte gegen die rückschrittliche Frauenpolitik der Regierung und kämpften für die Gleichstellung der Frauen mit großer Entschlossenheit weiter.

Recht auf Selbstbestimmung

Und nun hat man in Polen die Frauenrechte durch die Verschärfung des Abtreibungsgesetzes noch mehr eingeschränkt. Trotz der monatelangen Proteste und Widerständen tausender Frauen ist das neue Abtreibungsgesetz in Kraft getreten, welches Frauen nun zu illegalen Schwangerschaftsabbrüchen treibt. Für die Frauen in Polen ist dies ein heftiger Einschnitt in ihr Recht auf Selbstbestimmung. Das Recht auf Selbstbestimmung ist in Deutschland ebenfalls nicht gegeben. Der Paragraph 219a erschwert Frauen den Zugang zu sachlichen Informationen über konkrete Möglichkeiten eines Schwangerschaftsabbruchs und kriminalisiert Ärzte und Ärztinnen. Die geltende Rechtslage zum Schwangerschaftsabbruch in Deutschland bevormundet ungewollt Schwangere und behindert die Arbeit von Ärzten. Die ersatzlose Streichung des Paragraphen 218 und 219a aus dem Strafgesetzbuch.

Wir haben das Recht in einer gerechten Welt, selbstbestimmt, frei, in Würde und mit großer Lebenslust zu leben!

Lasst uns am 14. Februar unsere kollektive Stärke und unsere Solidarität! zeigen!

Bundesverband der Migrantinnen

Franz-Werfel-Str. 37, 60341 Frankfurt am Main, V.i.S.d.P: Ceyda Tutan
www.migrannnen.net

